



Presseerklärung des Sicherheitsrats zu Kolumbien

NEW YORK, 17. Oktober 2023 – Die Mitglieder des Sicherheitsrats bekräftigten ihre volle und einstimmige Unterstützung für den Friedensprozess in Kolumbien. Sie betonten, wie wichtig es ist, die umfassende Durchführung des Endgültigen Friedensabkommens zu gewährleisten, und würdigten die Bemühungen um einen umfassenderen Frieden, einschließlich der Durchführung der Vereinbarungen mit der Armee der nationalen Befreiung und der jüngsten Ankündigungen in Bezug auf die bewaffnete Gruppe, die sich Estado Mayor Central nennt. Sie ermutigten alle Beteiligten, das gemeinsame Ziel, Gewalt zu mindern und das Leid der Zivilbevölkerung weiter zu lindern, über Vereinbarungen voranzubringen.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats begrüßten die anhaltende Dynamik bei der umfassenden Durchführung des Endgültigen Friedensabkommens, unter anderem durch die zweckgebundene Zuweisung von Haushaltsmitteln für das nationale Agrarreformsystem, die Priorisierung der ländlichen Entwicklung im Nationalen Entwicklungsplan, einen verstärkten Dialog mit Organisationen derjenigen, die in der Landwirtschaft tätig sind oder Grundeigentum haben, und die Festlegung von Schwerpunktregionen für die Förderung der Reform des ländlichen Raumes. Sie begrüßten die Anstrengungen zur Stärkung des Prozesses der Wiedereingliederung ehemaliger Kombattantinnen und Kombattanten, einschließlich der Genehmigung einer Strategie zur Förderung ihres Zugangs zu Beschäftigung. Sie sahen weiteren Fortschritten in dieser Frage mit Interesse entgegen. Sie bekräftigten ihre Unterstützung für weitere Fortschritte bei der Stärkung der bei der Präsidentschaft angesiedelten und für die Durchführung zuständigen Entscheidungsinstanz.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats forderten die Regierung erneut auf, ihre Anstrengungen zur Durchführung des Kapitels des Friedensabkommens zu ethnischen Gruppen zu verstärken, um diesen wichtigen Bestandteil des Friedenskonsolidierungsprozesses rascher voranzubringen.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats würdigten die Annahme der öffentlichen Politik zur Zerschlagung illegaler bewaffneter Gruppen und krimineller Organisationen. Sie bekräftigten ihre große Besorgnis über die illegale Einziehung von Kindern durch bewaffnete Gruppen und über die anhaltenden Drohungen und Gewalthandlungen gegen ehemalige Kombattantinnen und Kombattanten, die ihre Waffen als Teilnehmende am Friedensprozess niedergelegt haben, sowie gegen Führungspersonlichkeiten aus dem sozialen Bereich und gegen indigene und afrokolumbianische Führungspersonlichkeiten und forderten die weitere Umsetzung des Aktionsplans des „Umfassenden Programms für Garantien für Frauen in Führungspositionen und Menschenrechtsverteidigerinnen“. Sie forderten die Regierung nachdrücklich auf, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, einschließlich der Umsetzung der öffentlichen Politik, um die Sicherheit und den Schutz dieser Menschen zu gewährleisten.

Im Zusammenhang mit den für diesen Monat angesetzten Regionalwahlen forderten sie die Regierung erneut auf, alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, um eine faire und sichere politische Partizipation zu gewährleisten, auch für ehemalige Kombattantinnen und Kombattanten, für deren Übergang zum Zivilleben dies ein wichtiges Element ist.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats begrüßten die Fortschritte im ersten Nationalen Aktionsplan Kolumbiens zur Durchführung der Resolution 1325 (2000) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen über Frauen und Frieden und Sicherheit und äußerten die Hoffnung, dass dies zusammen mit anderen Schritten die Durchführung der Gleichstellungsbestimmungen im Endgültigen Friedensabkommen beschleunigen wird. Sie begrüßten die Eröffnung des Falles 11 durch die Jurisdicción Especial para la Paz (Sondergerichtsbarkeit für

23-20233 (G)



den Frieden) zur Förderung der Rechenschaftspflicht für sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt und sahen den ersten Strafsprüchen der Sondergerichtsbarkeit mit Interesse entgegen.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats begrüßten die Anstrengungen der Regierung Kolumbiens, durch Dialog und die weitere umfassende Durchführung des Endgültigen Friedensabkommens einen umfassenderen Frieden anzustreben. Sie anerkannten die Anstrengungen des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs, über seine Guten Dienste den Dialog zwischen den Parteien, unter anderem zum Abschluss von Waffenruhevereinbarungen, zu unterstützen. Sie begrüßten es, dass die Verifikationsmission mit der Wahrnehmung ihres Mandats, sich an der Verifizierung und Überwachung der Waffenruhe mit der Armee der nationalen Befreiung zu beteiligen, begonnen hat. Sie nahmen Kenntnis von der Ankündigung einer geplanten Waffenruhe zwischen der Regierung und der Gruppe Estado Mayor Central im Oktober 2023 und bekräftigten die Bereitschaft des Sicherheitsrats, zu erwägen, die Verifikationsmission zu beauftragen, sich an der Überwachung und Verifikation zu beteiligen, sobald der Generalsekretär bestätigt hat, dass eine Waffenruhe mit geeigneten Verifikationsprotokollen geschlossen wurde, und unter Berücksichtigung aktueller Informationen des Generalsekretärs zu den Fortschritten bei der Durchführung der [Resolution 2694 \(2023\)](#) des Sicherheitsrats.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats bekräftigten ihre Entschlossenheit, zur Unterstützung der umfassenden Durchführung des Endgültigen Friedensabkommens als tragender Säule für die Sicherung eines breiten und dauerhaften Friedens und ebensolcher Stabilität in Kolumbien auch weiterhin eng mit dem Land zusammenzuarbeiten, und begrüßten das anhaltende diesbezügliche Engagement beider Parteien. Sie unterstützten mit Nachdruck die ergänzenden Anstrengungen der Verifikationsmission der Vereinten Nationen in Kolumbien in Abstimmung mit dem Landsteam der Vereinten Nationen.
